

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Punta del Este: Ein Weg für Südamerika?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1961) : Punta del Este: Ein Weg für Südamerika?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 11, pp. 510-512

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133164>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Punta del Este: ein Weg für Südamerika?

Vor einigen Wochen ist in dem uruguayischen Seebad Punta del Este eine interamerikanische Konferenz veranstaltet worden, deren Ergebnis von ausschlaggebender Wichtigkeit für die kommende wirtschaftliche und soziale Entwicklung Lateinamerikas sein kann.

Auf Grund der kritischen Tendenz, die zur gleichen Zeit die internationale Politik zu nehmen begann, ist jedoch diese Konferenz und ihre Problematik zu wenig beachtet worden. Dazu ist es ja nach wie vor ein negatives Charakteristikum der westlichen Publizistik, daß sie mit geringen Ausnahmen den Sorgen und Möglichkeiten Iberoamerikas viel zu wenig Beachtung schenkt. Die Injurien, die der US-amerikanische Vizepräsident Richard M. Nixon und seine Gattin im Jahre 1958 auf einer Goodwill-Reise durch einige lateinamerikanische Republiken erfahren mußten, waren bald danach vergessen, und es bedurfte schon des radikalen Ausgangs der kubanischen Revolution, um die westliche Geruhsamkeit aufzuscheuchen und sich etwas ernsthafter über die Entwicklung Gedanken zu machen, die sich in den amerikanischen Schwesterrepubliken südlich des Rio Grande abzeichnete. Zu lange hatte man sich in den Organen der öffentlichen Meinungsbildung der freien Welt bestrebt, es so darzustellen, als ob sich Lateinamerika geradezu in einem Taumel des wirtschaftlichen Fortschrittes befände, der sogar in seinem dynamischen Rhythmus manche entwickelten Länder hinter sich lasse. In begeisterten Worten berichtete man von den luxuriösen Wolkenkratzer-Hotels, den modernen Geschäftshochhäusern, den exklusiven Klubs und Kabarettis sowie den eleganten Villen, die in den lateinamerikanischen Hauptstädten und vielfach auch in der Provinz wie Pilze aus dem Boden schossen. Nur wenige aber wollten einsehen, daß dem vielfach geradezu provozierenden Reichtum einer kleinen Schicht extremen Wohlstands breite Volksmassen gegenüberstanden, die in Elend und Hoffnungslosigkeit dahinvegetierten.

Ungerechte Einkommensverteilung

Während die USA derzeit ein Pro-Kopf-Einkommen von 2260 \$ pro Jahr erreicht haben — ihr nördlicher Nachbar Kanada dürfte jetzt 1700 \$ erzielen —, mag der Durchschnitt Lateinamerikas heute etwa 260 \$ ausmachen, also ungefähr den Betrag, um den das US-amerikanische Pro-Kopf-Einkommen über 2000 \$ jährlich hinausgeht. Darüber hinaus aber ist in den USA und auch in Kanada das Volkseinkommen trotz mancher Vermögenszusammenballung bedeutend gerechter verteilt als in Lateinamerika. So will denn auch die Zahl des Pro-Kopf-Einkommens der verschiedenen iberamerikanischen Republiken wenig darüber besagen, was die ärmeren Teile der Bevölkerung in Wirklichkeit zur Fristung ihres Lebensunterhaltes zur Verfügung haben. Diese Feststellung gilt ebensowohl für Venezuela, das mit einem Gegenwert von rund

800 \$ das höchste Pro-Kopf-Einkommen der ganzen Region, aber auch ein großes Elend seiner breiten Volksmassen verzeichnet, als auch für Haiti, dessen Pro-Kopf-Einkommen vielleicht dem Wert von 60 \$ entspricht, was aber besagen will, daß auf Grund des Vorhandenseins von höheren Einkommen die breiten Massen nicht einmal den statistischen Durchschnittsbetrag zur Verfügung haben.

Aber diese lapidaren Zahlen sagen bei weitem nicht alles über die kritische Situation aus, in der sich Lateinamerika befindet. Deshalb seien einige Daten hinzugefügt. Man schätzt, daß 1,5 % der Landbesitzer in den 20 iberamerikanischen Republiken rund die Hälfte des genutzten Bodens gehört, während Hunderttausende von Landleuten nur Pachtland bearbeiten oder nur als Landarbeiter eingesetzt sind. Etwa die Hälfte der Lateinamerikaner besteht aus Analphabeten, und viele Millionen Kinder können keine Schule besuchen, weil die Voraussetzungen dafür fehlen. Der größte Teil der Bevölkerung der Region, vor allem der ländlichen, lebt in primitiven, völlig unhygienischen Hütten. Was aber bei alledem die Gegebenheiten noch kritischer macht, ist, daß in den letzten Jahren das Pro-Kopf-Einkommen Lateinamerikas kaum noch gewachsen ist, während es in der ersten Zeit nach dem zweiten Weltkrieg auf Grund starker angesammelter Währungsreserven und vorteilhafter Preisgegebenheiten auf dem Weltmarkt eine günstigere Entwicklungstendenz zeigte. Nimmt man nun noch hinzu, daß die Bevölkerung Lateinamerikas jährlich um 2,5 % wächst, d. h. das höchste Wachstum der Erde aufweist, dann kann man sich ungefähr die Probleme vorstellen, die von den Politikern und Volkswirten gelöst werden müssen, um diesen Halbkontinent nicht in sozialem und wirtschaftlichem Chaos versinken zu lassen.

Unzulängliche Hilfe

Bis in die letzten Jahre hinein ist die Haltung der USA Lateinamerika gegenüber von politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten beherrscht worden. Im Jahre 1823, also zu einer Zeit, da die jungen lateinamerikanischen Republiken ihr Leben begannen, hatten die USA die Monroe-Doktrin erlassen, die jeden Versuch einer östlichen Macht, ihr System auf die westliche Hemisphäre ausdehnen zu wollen, als eine Gefährdung des Friedens und der Sicherheit bezeichnete. Um die Jahrhundertwende fand diese hemisphärische Politik eine hegemoniale Ausdeutung zugunsten der USA, die sich befugt erachteten, in die Geschichte der amerikanischen Schwesterrepubliken zu intervenieren, wenn diese nicht genug auf Ordnung hielten oder ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkamen. In den dreißiger Jahren aber wurde diese von den Lateinamerikanern sehr kritisierte Haltung zugunsten der „Politik des guten Nachbarn“ aufgegeben, in der sich die USA verpflichteten, die Rechte der

Nachbarn zu respektieren und auf jede Einmischung zu verzichten. Zu Ende der vierziger Jahre aber kamen alle lateinamerikanischen Staaten überein, im Falle der Gefährdung jeden Mitgliedsstaat der Hemisphäre gemeinsam zu verteidigen, was insbesondere auch auf eine Bedrohung durch den internationalen Kommunismus seine Anwendung finden sollte.

In bezug aber auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Lateinamerika waren die USA während der zurückliegenden Jahrzehnte vor allem darauf bedacht, ihre Kapitalanlagen in Lateinamerika und ihren Außenhandel mit den lateinamerikanischen Ländern zu fördern und zu sichern. Dabei stellten ihre Regierungen, insbesondere im vergangenen Jahrzehnt, immer wieder klar heraus, die Schwesterrepubliken müßten ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg vornehmlich aus sich selbst heraus finden, wobei die USA ihnen nur durch „Export ihres Systems der freien Unternehmung“ helfen könnten.

Immer wieder hatten die Lateinamerikaner angeregt, die USA möchten ihnen doch stärker finanziell beim Ausbau ihrer Nationalwirtschaften helfen, doch bis vor kurzem bedeutete man ihnen, die Kredite der Weltbank, der Internationalen Finanzierungsgesellschaft, der US-amerikanischen Export-Import-Bank und der westeuropäischen Banken seien vollauf ausreichend. Nimmt man im Durchschnitt der letzten Jahre die US-

amerikanischen Investitionen, die Kredite der Weltbank und der Export-Import-Bank sowie der Internationalen Finanzierungsgesellschaft und die direkte US-amerikanische Wirtschaftshilfe, soweit sie Lateinamerika betrafen, zusammen, so kommt man auf einen jährlichen Betrag von etwa 765 Mill. \$; über die Investitionen und Kredite von seiten westeuropäischer Länder liegen keine globalen Ziffern in bezug auf Iberoamerika vor.

Das neue Zehnjahresprogramm der USA

In Punta del Este haben nun die USA erklärt, in einem Zehnjahresprogramm Lateinamerika insgesamt 20 Mrd. \$, also 2 Mrd. \$ jährlich, zur Verfügung stellen zu wollen. Aus öffentlichen Mitteln wollen sie dazu allein 11 Mrd. beitragen, während die restlichen 9 Mrd. zu je einem Drittel von amerikanischen Privatinvestitionen, von deutschem und japanischem Privatkapital sowie von der Weltbank nebst der jüngst eingerichteten Interamerikanischen Entwicklungsbank aufgebracht werden sollen. Welches Ausmaß allein die öffentliche Hilfe der USA in diesem Programm erreicht, mag aus der Tatsache hervorgehen, daß die US-amerikanischen Kapitalanlagen in Lateinamerika, die rund 9 Mrd. \$ ausmachen, bei einer jährlichen Durchschnittsrendite von 13% etwa den gleichen Betrag an Gewinn einbringen, den der Haushalt der USA nunmehr als Hilfe für Projekte zur Hebung der latein-

Kostbarkeiten

verdienen

besondere

Behandlung

Vornehmlich in Geld- und Vermögensangelegenheiten

bedarf es umsichtiger und fachgerechter Beratung.

In Jahrzehnten gewonnene Erfahrungen

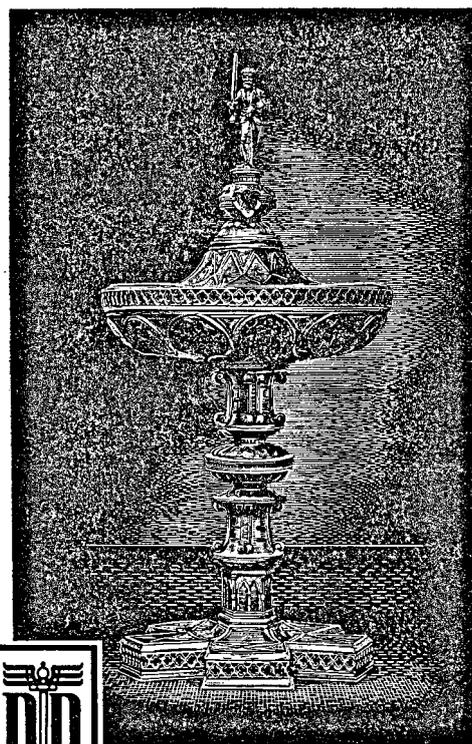
auf allen Gebieten des Bankgeschäfts

werden auch für Sie von Vorteil sein.

Als Berater empfiehlt sich

DRESDNER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT

Hamburg 36 • Jungfernstieg 22
Geschäftsstellen in allen Stadtteilen



amerikanischen Infrastruktur beitragen will. Nach dem Programm von Punta del Este dürfte sich jährlich der Zufluß an harter Währung nach Lateinamerika um mehr als den Gegenwert von 1 Mrd. \$ erhöhen. Dieser Zufluß aber vermag nicht nur eine anregende Wirkung auf den wirtschaftlichen Ausbau und sozialen Ausgleich auszuüben, sondern kann auch einen stabilisierenden Effekt auf die Zahlungsbilanzen und Währungssysteme der betreffenden Länder zeitigen.

Zunächst war man von amerikanischer Seite bestrebt gewesen, die Mittel des Programms von Punta del Este durch einen Koordinierungsausschuß, bei Beteiligung von Vertretern der USA, zu vergeben. Um aber den lateinamerikanischen Wünschen entgegenzukommen, waren die USA zum Schluß damit einverstanden, daß die Interamerikanische Entwicklungsbank, an die auch die zu finanzierenden Projekte einzureichen sind, den Regierungen Experten zur Verfügung stellt, die zusammen mit einheimischen Fachleuten für eine gemäßige Planung und Koordinierung Sorge tragen. Sämtliche 19 lateinamerikanischen Regierungen — Kuba ist nicht im Programm eingeschlossen — sind gehalten, einen Plan zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung auszuarbeiten. Darüber hinaus haben die USA unterstrichen, die Allianz für den Fortschritt müsse scheitern, wenn nun nicht auch die Lateinamerikaner von ihrer Seite alles unternähmen, um durch eine Reihe von unaufschiebbaren Reformen die Voraussetzungen für den Fortschritt zu verbessern.

Dringliche Reformen

Unter den geforderten Reformen steht eine Neuverteilung des Bodens an erster Stelle. Solange große Teile der Landbevölkerungen unter einem Existenzminimum vegetieren, fehlt einer dynamischen Industrialisierung die Voraussetzung einer breiten Massenkaukraft. Eine weitere wesentliche Reform, die nicht weiter aufgeschoben werden sollte, betrifft die Steuer- und Steuereintreibungssysteme. Die lateinamerikanischen Steuersysteme sind in den meisten Fällen wenig progressiv, und Übereinkommen mit bestechlichen Inspektoren bewahren vielfach die Begüterten davor, ordnungsgemäß ihre Steuern zu zahlen. Man rechnet damit, daß in Lateinamerika jährlich der Gegenwert von 2 Mrd. \$ an Steuern hinterzogen wird. Bessere Eintreibungsmethoden aber und eine progressivere Gestaltung der Steuersysteme vermöchten beachtliche Beträge für Zwecke der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung frei zu machen und dazu auch die Kapitalflucht zu vermindern. Zu den erwähnten Maßnahmen müßte ein Ausbau des Erziehungswesens zum Zwecke der Überwindung des Analphabetentums sowie die verstärkte Errichtung von Hospitälern und der Bau von hygienischen Wohnungen für die Massen treten. Grundvoraussetzung jedoch für die Erreichung des gesteckten Zieles ist, daß die öffentlichen Verwaltun-

gen der iberamerikanischen Republiken nach strengen Gesichtspunkten überholt werden, um ein Übermaß an Personal, mannigfaltige Korruptionsmöglichkeiten und vielerlei Inkompetenz auszuschalten.

Auch heute noch vertritt man in manchen lateinamerikanischen Kreisen die überholte Auffassung, Reformen seien eigentlich gar nicht notwendig, es genüge schon, wenn eine entsprechende wirtschaftliche Entwicklung einsetze, die gewissermaßen als Nebenprodukt den sozialen Fortschritt und Ausgleich mit sich bringe. Damit möchten sich jene Kreise nicht nur über die Erfahrung ihrer eigenen Länder hinwegsetzen, die dieses Konzept längst ad absurdum geführt hat, sondern auch über die Lehren, die die Entwicklung der heute fortgeschrittenen Länder bereit hält. Nur in einer Wechselwirkung von sozialen Reformen und wirtschaftlicher Entwicklung haben diese Länder den heutigen Lebensstandard der breiten Massen und ihre hohe wirtschaftliche Verzweigung erreicht.

Die große Chance

Noch im vergangenen Jahr meinte Cecil Wright Mills, ein Professor der Columbia-Universität, die USA seien eine reaktionäre Bedrohung für jeden ernsthaften Versuch, die fundamentalen Gegebenheiten Lateinamerikas ändern zu wollen. Hätte er den Beitrag abgewartet, den die neue Regierung seines Landes in Punta del Este zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der amerikanischen Schwesterrepubliken beige-steuert hat, dann dürfte er nicht umhin gekonnt haben, anzuerkennen, daß nunmehr die USA, ganz im Gegensatz zu seiner Feststellung, geradezu zum Anreger und Förderer der sozialen Evolution Lateinamerikas geworden sind. Denn das ist doch der entscheidende Wandel, den die Politik der USA gegenüber den anderen Ländern der westlichen Hemisphäre in Punta del Este erreicht hat: Die USA sind bestrebt, ein hilfsbereiter Freund Lateinamerikas zu sein und den breiten Massen beizustehen, ihr Elend zu überwinden. Punta del Este leitet eine neue Phase der interamerikanischen Beziehungen ein. Von einer Tendenz zur Hegemonie hat sich die Haltung der USA über die „Politik des guten Nachbarn“ zu der des hilfsbereiten Freundes gewandelt. Gewiß mußte erst eine Regierung der Demokratischen Partei in den USA ans Ruder kommen, um der gefährlichen sozialen Gärung in Lateinamerika ein wirkungsvolles Programm entgegenstellen zu können, von dem sogar der Vertreter Kubas auf der letzten interamerikanischen Konferenz erklärte, daß es neue Perspektiven für diesen Teil der Erde eröffne.

Da bleibt nur zu hoffen, daß die lateinamerikanischen Regierungen die große Chance, aber auch die unabdingbaren Reformen aufgreifen, um die Zukunft Lateinamerikas zu gewinnen.